

NEIN zum Rentenklau!

Abstimmung vom 7. März 2010

Bern, 22. Dezember 2009



NEIN zum Rentenklau!

NEIN zur nochmaligen Senkung des Umwandlungssatzes

1. Keine Rentensenkung von über 10 Prozent

Mit den AHV- und Pensionskassenrenten sollen alle im Alter «die gewohnte Lebenshaltung in angemessener Weise» fortsetzen können. So steht es in der Bundesverfassung. Dieses Ziel ist in Gefahr. Im Jahr 2005 senkte das Parlament den Umwandlungssatz von 7,2 auf 6,8 Prozent. Damit verloren die Rentenberechtigten bereits 5,5 Prozent der jährlichen Altersrente. Nun ist der zweite Streich geplant: Mit der Senkung auf 6,4 Prozent werden die Rentenansprüche nochmals um 6 Prozent gekürzt – ohne Kompensation! Gegen diese Leistungskürzung von insgesamt deutlich über 10 Prozent wehren wir uns.

2. Wer kassiert, wenn die Zinsen wieder steigen?



Der grösste Boni-Empfänger:
Rolf Schäuble von der Basler
Versicherung. 6,2 Millionen
Franken pro Jahr.

Treibende Kraft hinter der wiederholten Rentensenkung sind die Versicherungen. Die Kürzung wird damit begründet, dass die Renditen wegen der Finanzkrise zurückgegangen seien. Das stimmt. Aber über eine längere Zeitspanne kann eine ausreichende Rendite mit seriösen Anlagen erzielt werden. Und wer erhält die Gewinne, wenn Zinsen und Börsenkurse wieder steigen? Die Aktionäre und Manager der Versicherungskonzerne. Die Versicherten haben das Nachsehen. Selbst während der Finanzkrise ist die «Entschädigung» von Rolf Schäuble von der Basler Versicherung um 1,8 auf 6,2 Millionen emporgeschnellt. Nicht auszudenken, wie der Anstieg in einem guten Jahr ausgefallen wäre. Und ausgerechnet die Basler Versicherung will jetzt im Verbund mit den anderen Privatversicherungen die Renten kürzen. Gegen den geplanten Rentenklau der Lebensversicherungen wehren wir uns. Wir fordern eine faire Gewinnverteilung!

3. NEIN zu Verwaltungskosten à discretion

Neben der Beteiligung an den Überschüssen erhalten die Lebensversicherer auch noch 1,3 Milliarden Franken für Verwaltungskosten aus der beruflichen Vorsorge. Die Verwaltungskosten fressen somit einen Zehntel der Prämien weg. Aber statt die berufliche Vorsorge zu vereinfachen und ihre Leistungen zu schützen, will die bürgerliche Parlamentsmehrheit alle Probleme auf dem Buckel der Versicherten lösen. Wir lassen nicht zu, dass die einfachen Arbeitnehmenden mit ihren Rentenkürzungen die Boni der Manager finanzieren. Es braucht Reformen statt Rentenkürzungen.



4. Renten in Gefahr

Wir alle sind betroffen. Jüngere Arbeitnehmerinnen und -nehmer, die weiterhin viel einzahlen, aber dereinst deutlich weniger Rente ausbezahlt erhalten. Aber auch die Rentnerinnen und Rentner von heute. Wird der Umwandlungssatz für die Rentnerinnen und Rentner von morgen gekürzt, wächst die Gefahr, dass im nächsten Schritt auch die laufenden Rentenbezügerinnen und -bezüger an die Kasse kommen. Bereits zweimal hat das Parlament das Frauenrentenalter erhöht, der Teuerungsausgleich auf den Renten der 2. Säule ist freiwillig. Und einige Betriebe haben die Lohnabzüge erhöht, um die Kassen zu sanieren. Ein Ja zum tieferen Umwandlungssatz wäre ein Freipass für die Senkung der Altersrenten.

5. Die höhere Lebenserwartung ist bereits bezahlt

Wir werden zum Glück alle älter. Die steigende Lebenserwartung ist bereits ausfinanziert:

- Das Parlament hat den Umwandlungssatz bereits einmal gesenkt. Es gibt keinerlei Hinweise, dass der neue Umwandlungssatz von 6,8 nicht ausreicht, um der Alterung gerecht zu werden. Das schreibt der Bundesrat selber: «Nicht die Änderungen biometrischer Daten sind zentraler Auslöser für die erneute Anpassung des Mindestumwandlungssatzes, sondern der technische Zinssatz.» (vgl. Botschaft)
- Das Frauenrentenalter wurde von 62 auf 64 erhöht und soll auf 65 ansteigen.
- Die Mindestverzinsung der Pensionskassen wurde bereits auf 2 Prozent abgesenkt.
- Die Pensionskassen weisen inzwischen einen durchschnittlichen Deckungsgrad von über 100 Prozent aus. Und alles deutet auf weiterhin steigende Börsenkurse hin.

Die Versicherungen argumentieren nicht mit Tatsachen, sondern mit höchst pessimistischen Annahmen. Es gibt zahlreiche Untersuchungen, wie sich die Lebenserwartung der Menschen in den nächsten Jahren entwickelt. Keine einzige geht von einer ähnlich langen Lebenserwartung aus, wie die Lebensversicherungen.



Darum geht es

Bis 2014 wird der Umwandlungssatz bei der beruflichen Vorsorge schrittweise von 7,2 auf 6,8 Prozent gesenkt. Die bürgerliche Parlamentsmehrheit hat eine weitere Senkung beschlossen. Es droht eine Kürzung der Renten um weitere 6 Prozent bis 2015 (Umwandlungssatz von 6,4 statt 6,8 Prozent). Das hätte zum Beispiel folgende Auswirkungen:

- Ein 36-jähriger Mann, der heute 6000 Franken verdient, würde nach der Pensionierung im Durchschnitt 51'600 Franken verlieren.
- Eine 50-jährige Frau, die heute 5800 Franken verdient, würde nach der Pensionierung 36'900 Franken verlieren.
- Eine 26-jährige Frau, die heute 5000 Franken verdient, würde gar 62'200 Franken verlieren.

Der gesamte Rentenverlust beläuft sich also bei einer durchschnittlichen Lebenserwartung auf mehrere zehntausend Franken. Gewinner wären allein die Versicherungsgesellschaften und Aktionäre der Lebensversicherungen.

Die Lebensversicherer behaupten heute, sie könnten keine 4 Prozent Rendite mehr garantieren. Die Fakten: Seit 1985 beträgt die Rendite im Schnitt 6,25 Prozent. Deshalb wehren wir uns und sagen am 7. März NEIN zum Rentenklau.